

PRESSEMITTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE 1/2026

München, den 1. April 2026

Energiepreisschock dämpft Erholung – Inflation steigt

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehen die deutsche Konjunktur nach einem mehrjährigen Abschwung zwar in einer Erholungsphase, erwarten aber für 2026 nur eine moderate Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 0,6% und für 2027 von 0,9%. „Der Energiepreisschock im Zuge des Iran-Krieges trifft die Erholung hart, gleichzeitig stützt aber die expansive Fiskalpolitik die Binnenwirtschaft und verhindert ein stärkeres Abrutschen“, sagt Timo Wollmershäuser, Konjunkturchef des ifo Instituts. Die Inflationsrate wird nach Einschätzung der Institute im Jahr 2026 auf durchschnittlich 2,8% ansteigen, im Jahr 2027 auf 2,9%.

Tabelle

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,8	-0,9	-0,5	0,2	0,6	0,9
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 629	45 935	45 987	45 982	45 882	45 924
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 609	2 787	2 948	3 002	2 937
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,3	5,7	6,0	6,3	6,4	6,2
Verbraucherpreise ⁴	6,9	5,9	2,2	2,2	2,8	2,9
Lohnstückkosten ^{4,5}	3,8	7,6	5,6	4,5	2,6	2,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
in Mrd. Euro	-76,1	-105,2	-115,3	-119,1	-169,9	-200,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-1,9	-2,5	-2,7	-2,7	-3,7	-4,2
Leistungsbilanzsaldo						
in Mrd. Euro	162,5	232,4	255,1	202,7	157,2	165,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	4,1	5,5	5,9	4,5	3,4	3,5

¹ Preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. ² Inlandskonzept. ³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. ⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026



SENDESPERRFRIST

1. April 2026, 10:00 Uhr MESZ

PRESSEKONTAKT

Carsten Matthäus
ifo Institut
Tel +49 89 9224 1218
Matthaeus@ifo.de

ANSPRECHPARTNER

Professor Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut
Tel +49 89 9224 1406
Wollmershaeuser@ifo.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Während die gestiegene Inflation den privaten Konsum dämpft, sorgt die expansive Finanzpolitik für Impulse. Die kräftige Ausweitung der Neuverschuldung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz stützt insbesondere Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus. Insgesamt entwickelt sich die Industrie dennoch wenig dynamisch, da deren Auslands-

geschäfte angesichts weiter abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, hoher geopolitischer Unsicherheit und fortbestehender handelspolitischer Belastungen kaum zunehmen.

Mittelfristig rechnen die Institute damit, dass das Wachstum des Produktionspotenzials in Deutschland von derzeit 0,2% bis zum Ende des Jahrzehnts vollständig zum Erliegen kommt. Neben dem demographiebedingten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter trägt dazu nach Einschätzung der Institute die sinkende Arbeitszeit je Erwerbstätigen bei. Dies liege vor allem daran, dass die Arbeitsleistung mehr und mehr von älteren Arbeitnehmern erbracht wird, die eine unterdurchschnittliche Wochenarbeitszeit haben. Diese strukturellen Veränderungen werden am Arbeitsmarkt durch konjunkturelle Faktoren überlagert. Die Institute erwarten einen leichten Rückgang der Erwerbstätigkeit im Jahr 2026 um rund 100 000 Personen, gefolgt von einem Anstieg im Jahr 2027 um etwa 42 000 Personen. Die Arbeitslosenquote steigt im Jahr 2026 auf 6,4%, bevor sie im Folgejahr auf 6,2% zurückgeht.

Die massive Neuverschuldung erhöht den Instituten zufolge das Defizit der öffentlichen Haushalte auf 3,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2026 und 4,2% im Jahr 2027; damit steigt der Bruttoschuldenstand auf 67,2% des BIP. Die Institute bewerten den fiskalischen Schub als wichtigen Konjunkturtreiber. Sie weisen jedoch auf die langfristigen Risiken für die Stabilität der Staatsfinanzen und die erheblichen Konsolidierungserfordernisse zum Ende des Jahrzehnts hin.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen sich angesichts gestiegener Energiekosten gegen staatliche Eingriffe aus, die kurzfristig die Energiepreise senken, da damit wichtige Marktsignale außer Kraft gesetzt werden. Sie plädieren stattdessen für zielgerichtete soziale Ausgleichsmaßnahmen. Nach Ansicht der Institute ist eine Wachstumspolitik nötig, die regulatorisch bedingte Bremsen für private ökonomische Aktivität löst, um Potenzialreserven zu heben. Hierzu sollten sowohl die Arbeitsanreize gestärkt wie auch die Bedingungen für Investitionen und Innovationen verbessert werden.

Die Gemeinschaftsdiagnose wird erarbeitet vom DIW in Berlin, vom ifo Institut in München, vom Kiel Institut, vom IWH in Halle und vom RWI in Essen.

Anlage

Langfassung des Gutachtens

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen. Frühjahr 2026. München 2026.

Die Langfassung des Gutachtens ist am 1. April 2026 ab 10:00 Uhr unter www.gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/ abrufbar.

Über die Gemeinschaftsdiagnose

Die Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal im Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. Am Frühjahrsgutachten 2026 haben mitgewirkt:

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. in Kooperation mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)
- Kiel Institut für Weltwirtschaft
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
- RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit dem Institut für Höhere Studien (IHS) Wien

Wissenschaftliche Ansprechpartner/in

Professor Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität
München e. V.
Tel +49 89 9224 1406
Wollmershaeuser@ifo.de

Dr. Geraldine Dany-Knedlik
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
Tel +49 30 89789 486
GDanyknedlik@diw.de

Professor Dr. Stefan Kooths
Kiel Institut für Weltwirtschaft
Tel +49 431 8814 579
Stefan.Kooths@kielinstitut.de

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Professor Dr. Torsten Schmidt
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Tel +49 201 8149 287
Torsten.Schmidt@rwi-essen.de